
12.06.2006 - Wirtschaft / Rechtspanorama

Europa: "Parlamente in EU-Rechtsetzung mehr einbinden"

Experten empfehlen informelle Maßnahmen zur Demokratisierung der EU.

WIEN (kom). Der geplante EU-Verfassungsvertrag, der im Vorjahr an Referenden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist, kommt so bald nicht; das oftmals beklagte Demokratiedefizit in der Union bleibt damit vorerst bestehen. Bei einem hochkarätig besetzten Kongress der "Societas Iuris Publici Europaei" (Sipe) vorige Woche in Wien haben hundert Experten des öffentlichen Rechts aus ganz Europa nach Möglichkeiten gesucht, die Bevölkerung stärker in die europäische Rechtsetzung einzubinden.

"Die Parlamente sollten in einem früheren Stadium informiert werden", sagt der Salzburger Univ.-Prof. Heinz Schäffer, Mitglied des Sipe-Vorstands, zur "Presse". Auf Stellungnahmen der Volksvertretungen müsste dann explizit eingegangen werden. So könnte man auf informelle Weise eine Übung etablieren, ohne auf den Verfassungsvertrag warten zu müssen - eine politische Einigung darüber zu finden, wie das Verhältnis zwischen den EU-Institutionen zu ändern wäre, fiele sehr schwer. Deshalb dürfte auch die EU-Kommission in Brüssel bereits ähnliche Überlegungen anstellen, wie ganz einfach Fakten Richtung stärkerer Demokratisierung geschaffen werden könnten.

Dabei könnte auch die Qualität der EU-Rechtsetzung erhöht, die Quantität gesenkt werden. Schäffer tritt für die Vorschaltung einer Folgenabschätzung ein, und zwar ebenfalls unter Berücksichtigung der Lage in den Mitgliedstaaten. "Dort müssten die Sachgerechtigkeit und die Akzeptanz erkundet werden." Würden derartige Konsultationen sorgfältig dokumentiert, könnte dies einen "heilsamen Zug" gegen eine "überhastete Gesetzgebung" auslösen, hofft Schäffer.

Nach Kreta und Rom ist Wien der dritte Ort, an dem ein Kongress der 2003 gegründeten Sipe stattgefunden hat.